

GEMEINDERATS- UND STADTRATS- WAHLEN 1946

VORBEMERKUNG

Bevor Goethe im Oktober 1797 nach seinem dritten und letzten Besuch die Stadt Zürich wieder verließ, schrieb er an Schiller: «Es ist wunderbar wie alte Verfassungen, die bloß auf Sein und Erhalten gegründet sind, sich in Zeiten ausnehmen wo alles zum Werden und Verändern strebt». Besucher, die heute von jenseits der Grenzen unser Land betreten, fühlen sich von einem «Wunderbaren» umgeben, erfüllt und beeindruckt. Ordnung, Wohlhabenheit, Gefälligkeit und Gemeinschaftssinn scheinen ihnen zu zeigen, was es bedeutet, jahrhundertlang im ungestörten Frieden zu leben.

Wer allerdings vor der Wahl des stadtzürcherischen Parlaments im verflossenen Frühjahr unsere Presse durchging, der mochte irre werden an der Harmonie, «worin im Schweizer Lande Tagwerk, Menschenarbeit, Betrieb, Staatsmaschinerie ablaufen». Denn da las man von nichts anderem als von Abrechnung mit dem Feind, von unentwegtem Kampf, sicherem Sieg der eigenen Partei und ebenso zweifelloser Niederlage des Gegners. Heute ist dieses Kampfgetöse längst verstummt und unterbricht nur gelegentlich die einträchtige parlamentarische Zusammenarbeit der politischen Antagonisten. Die Auseinandersetzung, die so hohe Wellen warf, ist reif geworden für die sachliche, rückblickende Betrachtung durch die Brille des Statistikers. Denn seit der Einführung der Verhältniswahl für die Bestellung des städtischen Parlamentes im Jahre 1913 nimmt die Bearbeitung der periodischen Neuwahlen im Aufgabenkreis des Statistischen Amtes einen festen Platz ein, und seit 1928 ist jeweils auch die Erneuerungswahl des Stadtrates in den Kreis der Betrachtung einbezogen worden.

Da bei der Ermittlung der Wahlresultate durch die Wahlbüros keine Ausscheidung der Stimmen nach ihrer Herkunft von in der Partei veränderten und von panaschierten Wahlzetteln vorgenommen wird, mußten die veränderten Stimmzettel der Gemeinderatswahl vom 24. März 1946 für unsere Zwecke neu ausgezählt werden. Dabei ergaben sich gegenüber den bereits früher publizierten Stimmenzahlen kleine Abweichungen; doch sind diese durchwegs ganz unbedeutend.

DIE WAHLSITUATION

Das sogenannte zürcherische Zuteilungsgesetz bestimmt in seinem § 32, daß jeder Stadtkreis seine Vertreter im Gemeinderat in der Zahl wähle, welche der durch die vorangegangene eidgenössische Volkszählung ermittelten Wohnbevölkerung entspricht.

Für die Gemeinderatswahl vom März 1942 hatte die Neuverteilung der Mandate auf die elf Wahlkreise noch auf Grund der provisorischen Ergebnisse der Eidgenössischen Volkszählung vom 1. Dezember 1941 erfolgen müssen. Doch haben die definitiven Zahlen daran nichts geändert, so daß bei der heurigen Wahl die Mandatzahlen der Stadtkreise die gleichen blieben wie bisher.

In der Amtsperiode 1942/46 saßen ursprünglich sechs Parteien im Gemeinderat; die Sozialdemokraten hatten 48 Mandate inne, die Unabhängigen 37, die Freisinnigen 23, die Christlichsozialen 13, die Demokraten 3 und schließlich die Freiwirtschaftler eines. Nicht vertreten war die Evangelische Volkspartei, weil sie auch bei der Neuwahl von 1942 die nötige Stimmzahl nicht erreicht hatte. Durch die Abspaltung der Partei der Arbeit von den Sozialdemokraten im Jahre 1944 reduzierte sich dann die Vertreterzahl der «Regierungspartei» zugunsten des neuen linken Flügels um fünf Mandate. Bei den Erneuerungswahlen 1946 bewarb sich neben diesen acht Parteien noch die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei — die bereits 1933 und 1938 mit eigenen Listen kandidiert, aber 1942 keine eigene Liste aufgestellt hatte — um die Gunst der Wähler. So konkurrierten diesmal insgesamt neun Parteilisten miteinander.

Auf den gesetzlichen Termin sind in allen Stadtkreisen, mit Ausnahme des Kreises 5, wo die Evangelische Volkspartei keine Parteiliste aufgestellt hat, neun Listen mit den folgenden Parteibezeichnungen eingereicht worden: «Liste der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei», «Christlichsoziale Liste», «Demokratische Liste», «Liste der Evangelischen Volkspartei», «Freisinnige Liste», «Freiwirtschaftliche Liste», «Liste der Partei der Arbeit (Arbeiter, Angestellte, Kleingewerbe)», «Einheitsliste der Arbeiter und Angestellten, Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaftskartell» und schließlich «Liste des Landesringes der Unabhängigen».

Die im «Tagblatt der Stadt Zürich» veröffentlichten offiziellen Wahlvorschläge enthielten für die 125 Sitze des Gemeinderates nicht weniger als 960 Kandidaten, wovon 98 «Bisherige». Die Partei der

Arbeit hat für jeden der 125 Ratssitze je einen Kandidaten aufgestellt. Die christlichsozialen, die freisinnigen und die sozialdemokratischen Listen enthielten zufälligerweise die genau gleiche Zahl von 117 Namen. Auf den Listen des Landesringes der Unabhängigen und der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei figurierten insgesamt 112 bzw. 111 Anwärter, während die Demokraten, die Evangelischen und die Freiwirtschaftler nur 93 bzw. 90 bzw. 78 portierten.

Die Kumulierung, die beim Proporzwahlverfahren den Parteien oder den Wählern erlaubt, den Namen eines Kandidaten zweimal auf den Wahlzettel zu schreiben, haben nur die Partei der Arbeit und, wie schon immer, der Landesring der Unabhängigen nicht angewendet. Kumuliert waren insgesamt 110 Kandidaten, und zwar 35 Freiwirtschaftler, 28 Evangelische, 14 Bauern-, Gewerbe- und Bürgerparteilerner, 9 Demokraten und endlich je 8 Christlichsoziale, Freisinnige und Sozialdemokraten.

Um die Listen mit Kandidatennamen aufzufüllen, was besonders für die kleineren Parteien nicht so ganz leicht zu sein scheint, wird vielfach auch von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, den gleichen Anwärter in verschiedenen Wahlkreisen aufzustellen. Besonders ausgiebig wurde dies von den Freiwirtschaftlern praktiziert, die ihre drei Spitzenkandidaten in sämtlichen elf Stadtkreisen zur Wahl vorschlugen, aber trotzdem nicht einmal mit ihrem Leader durchdringen konnten.

Vollständige Listen vermochten trotz teilweiser Anwendung all dieser Hilfsmittel nur die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, die Christlichsozialen, die Freisinnigen, die Partei der Arbeit und die Sozialdemokraten aufzustellen. Zwanzig der insgesamt 98 in den elf Kreisen eingereichten Listen enthielten zusammen 49 leere Linien, nämlich die der Freiwirtschaftler (in 7 Kreisen), der Demokraten und der Unabhängigen (in 6 Kreisen) und schließlich die der Evangelischen Volkspartei (in einem Kreis).

Viel stärker als bisher wurde die Listenverbindung in Anwendung gebracht. In allen elf Kreisen wurden die Listen der Partei der Arbeit mit denen der Sozialdemokraten verbunden. Ferner gingen in den Kreisen 1, 6, 7, 9 und 11 die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, die Christlichsozialen, die Demokraten, die Evangelische Volkspartei und die Freisinnigen eine solche «Zeitehe» ein. In den Kreisen 2, 3, 4 und 8 machten die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, die Christlichsozialen und die Freisinnigen ein Wahlbündnis, und in den Kreisen 2, 3 und 8 zudem noch die Demokraten und die

Evangelische Volkspartei. Im Kreis 5 schlossen sich der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, den Christlichsozialen und den Freisinnigen noch die Demokraten an und im Kreis 10 an Stelle der letztern die Evangelische Volkspartei. —

Der Stadtrat setzte sich nach der Erneuerungswahl vom 22. März 1942 aus 5 Sozialdemokraten, 2 Freisinnigen, 1 Unabhängigen und 1 Christlichsozialen zusammen. Die Sozialdemokraten portierten wiederum ihre fünf bisherigen Vertreter und stellten in Verbindung mit der Partei der Arbeit eine sechste Kampfkandidatur auf. Die Freisinnigen hielten an ihrer Zweiervertretung fest, Christlichsoziale und Unabhängige an ihrer bisherigen Einervertretung und schließlich brachten die Demokraten noch einen eigenen Kandidaten, so daß sich insgesamt 11 Anwärter um die neun Stadtratssitze bewarben. Der Stadtpräsident wurde seit 1928 ununterbrochen von den Sozialdemokraten gestellt und seine Wiederwahl war diesmal unangefochten.

DIE WAHLBERECHTIGTEN

Uns ist es selbstverständlich, daß jeder Bürger in der Gemeindeversammlung seine Meinung äußern und durch seine Abstimmung die vorgelegten Fragen mitentscheiden darf, oder daß er in größeren Gemeinwesen, wo es unmöglich ist, die Zehn- oder Hunderttausende von Bürgern zu versammeln oder gemeinsam ratschlagen zu lassen, in voller Freiheit einen Vertrauensmann zu seinem Stellvertreter als Gemeinderat wählen kann. Das allgemeine gleiche Stimmrecht gilt heute als Eckpfeiler des Wahlrechts. So restlos, daß es allen Staatsbürgern zukäme, besteht es zwar auch bei uns nicht — selbst wenn wir vom Frauenstimmrecht, das in den meisten andern Staaten bereits existiert, aber bei uns noch nicht Fuß fassen konnte, absehen. Für den Kanton Zürich wird die Stimmberechtigung durch die Artikel 16 bis 18 der Kantonsverfassung sowie durch § 159 des Gesetzes über das Gemeindewesen umschrieben. Stimmberechtigt in der Gemeinde sind danach alle männlichen Schweizer Bürger, die das zwanzigste Altersjahr zurückgelegt haben und im Aktivbürgerrecht nicht eingestellt sind (Handlungsunfähige, Konkursiten, Verbrecher und Armengenössige). Einschränkend wirkt ferner die Bestimmung, wonach Bürger anderer Kantone erst nach einer Niederlassung von drei Monaten das Stimmrecht in Gemeinde- und in kantonalen An-

gelegenheiten erlangen, sofern sie es nicht unmittelbar vorher schon in einer andern zürcherischen Gemeinde ausgeübt haben.

Die Zahl der Stimmberechtigten in den einzelnen Stadt- bzw. Wahlkreisen ist aus der Anhangtabelle 1, Seite 62, ersichtlich. Unter den einzelnen Stadtkreisen zeichnete sich besonders der fünfte durch einen hohen Prozentsatz an stimmberechtigter Bevölkerung aus, während der siebente und achte am stärksten unter dem städtischen Durchschnitt zurückblieben.

Die folgende Zusammenstellung setzt für die ganze Stadt die Zahl der Stimmberechtigten in Beziehung zur Wohnbevölkerung und zeigt die Entwicklung der beiden Zahlenreihen seit der ersten Proporzwahl von 1913.

Wohnbevölkerung und Stimmberechtigte 1913 bis 1946

Wahltag	Wohn- bevölkerung	Stimmberechtigte		Zunahme (1913 = 100)	
		im ganzen	auf 100 Einwohner	der Wohn- bevölkerung	der Stimm- berechtigten
13. April 1913	199 700	37 638	18,8	100,0	100,0
26. März 1916	200 100	41 841	20,9	100,2	111,2
6. April 1919	210 700	49 710	23,6	105,5	132,1
2. April 1922	200 000	52 064	26,0	100,2	138,3
22. März 1925	206 900	55 983	27,1	103,6	148,7
15. April 1928	222 400	62 742	28,2	111,4	166,7
15. März 1931	249 800	72 946	29,2	125,1	193,8
24. Sept. 1933	308 600	92 923	30,1	154,5	246,9
20. März 1938	319 000	98 497	30,9	159,7	261,7
22. März 1942	336 200	106 389	31,6	168,4	282,7
24. März 1946	357 500	113 197	31,7	179,0	300,8

Danach belief sich die Aktivbürgerschaft bei den verflossenen Frühjahrswahlen in der ganzen Stadt auf 113197 Stimmberechtigte oder 31,7 Prozent der Einwohnerschaft. Der Anteil der Wahlberechtigten an der Gesamtbevölkerung ist seit der ersten Verhältniswahl andauernd gestiegen; es scheint nun aber, daß die Entwicklung an ihrem Höhepunkt angelangt ist. Daß die Wählermasse viel stärker angewachsen ist als die Wohnbevölkerung, hängt vor allem mit den Umschichtungen im Altersaufbau der Bevölkerung und mit dem Rückgang der Ausländer zusammen.

WAHL DES GEMEINDERATES

Die Wahlbeteiligung

Es ist eine ständige Klage von Politikern und andern um die öffentlichen Angelegenheiten besorgten Kreisen, daß sich in den Wahl- und Abstimmungszahlen eine wachsende Interesselosigkeit zeige. Da ist es nötig, solche Besorgnisse auf das richtige Maß zurückzuführen. Tatsächlich hat bei den Erneuerungswahlen des Zürcher Stadtparlamentes die Beteiligung der Wähler im ganzen nicht ab- sondern zugenommen. Früher (1904) ist es vorgekommen, daß nicht einmal die Hälfte der Stimmberechtigten zur Urne ging, und nie vor 1913 waren es mehr als 80 Prozent; jetzt aber sind Beteiligungen von über 80 Prozent die Regel. Bei den Großstadtrats- bzw. Gemeinderatswahlen von 1892 bis 1907 sind durchschnittlich nur 65,8, bei denen von 1910 bis 1925 dagegen 82,6 Prozent der Wähler zur Urne gegangen — 1928 bis 1946 allerdings wieder etwas weniger, nämlich 78,9 Prozent. Die bessere Beteiligung ist offensichtlich vor allem der Einführung des Proportionalwahlverfahrens im Jahre 1913 zu verdanken; vorher, unter dem Majorzwahlssystem, war die mittlere Beteiligung wie gesagt nur 65,8, seither aber 80,8 Prozent.

Von den insgesamt 113197 stadtzürcherischen Wahlberechtigten beteiligten sich 88068 an den Gemeinderatswahlen vom 24. März 1946. Mehr als jeder fünfte Wahlberechtigte blieb also zu Hause. Die folgende kleine Übersicht gibt über die entsprechenden Daten seit 1913 Auskunft.

Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung bei den Erneuerungswahlen des
Großen Stadtrates bzw. Gemeinderates 1913 bis 1946

Wahltag	Wahl- berechtigte	Wähler		Nichtwähler	
		im ganzen	auf 100 Berechtigte	im ganzen	auf 100 Berechtigte
13. April 1913	37 638	31 018	82,4	6 620	17,6
26. März 1916	41 841	34 396	82,2	7 445	17,8
6. April 1919	49 710	45 114	90,8	4 596	9,2
2. April 1922	52 064	44 569	85,6	7 495	14,4
22. März 1925	55 983	47 062	84,1	8 921	15,9
15. April 1928	62 742	56 827	90,6	5 915	9,4
15. März 1931	72 946	55 237	75,7	17 709	24,3
24. Sept. 1933	92 923	78 966	85,0	13 957	15,0
20. März 1938	98 497	79 434	80,6	19 063	19,4
22. März 1942	106 389	72 655	68,3	33 734	31,7
24. März 1946	113 197	88 068	77,8	25 129	22,2

Die heurige Wahlbeteiligung war bedeutend lebhafter als jene von 1942, wo verschiedene zeitbedingte Einflüsse, wie Militärdienst, Arbeitsdienst und Parteiverbote, zur Wahlenthaltung beigetragen haben dürften. Sie ist aber nicht nur hinter jener an den denkwürdigen politischen Ausmarchungen von 1919 und 1928 zurückgeblieben, die mit 90,8 bzw. 90,6 Prozent Wählenden Rekorde für unsere Stadt bedeuteten, sondern sie war auch geringer als bei fast allen andern bisherigen Proporzwahlen des Stadtparlamentes.

Die Verhältniszahlen für die einzelnen Stadtkreise enthält die folgende Zusammenstellung.

Prozentuale Wahlbeteiligung nach Stadtkreisen 1933 bis 1946

Kreise	1933	1938	1942	1946	Zunahme 1946 gegenüber 1942
1	76,7	65,9	50,0	58,0	8,0
2	84,9	80,4	67,7	78,1	10,4
3	86,7	84,0	71,3	80,3	9,0
4	85,0	80,8	65,6	76,5	10,9
5	84,8	81,3	64,4	76,8	12,4
6	84,4	79,8	70,2	78,6	8,4
7	85,5	81,7	71,8	80,4	8,6
8	83,9	78,5	66,6	74,5	7,9
9	86,7	83,2	70,1	80,2	10,1
10	87,6	84,9	74,3	82,6	8,3
11	86,2	82,0	71,0	80,7	9,7
Stadt	85,0	80,6	68,3	77,8	9,5

Wiederum erfüllten die Stimmberechtigten des zehnten Stadtkreises ihre Bürgerpflicht am genausten und die des ersten am lauten. Hier ist, vor allem infolge der besondern beruflichen Zusammensetzung der Aktivbürgerschaft, die Zahl der Nichtwähler stets besonders groß. Auffallend ist, daß in den ausgesprochenen Arbeiterkreisen 4 und 5 auch diesmal die Wahlbeteiligung unter dem Mittel der ganzen Stadt blieb, trotzdem sie gegenüber der Wahl von 1942 stärker als in allen andern Kreisen aufholte.

Auch die absoluten Zahlen der Wähler in der genannten ersten Anhangtabelle verdienen einige Beachtung. Sie zeigen, daß die Altstadt nicht bloß infolge des Bevölkerungsrückganges, sondern auch wegen schlechter Stimmbeteiligung an politischem Einfluß von allen andern Kreisen überflügelt worden ist.

Die Wahlergebnisse

Der Wahlzettel, den der Stimmberechtigte in die Urne legen will, muß nach zürcherischem Recht von einem Mitgliede des Wahlbureaus auf der Rückseite mit einem amtlichen Stempel versehen werden, sonst ist er wertlos. Diese Wahlvorschrift mißachteten 278 Stimmberechtigte, und bloß weitere 48 stimmten aus andern Gründen ungültig, so daß sich die Gesamtzahl der gültigen Wahlzettel, mit denen wir uns einzig befassen werden, auf 88020 belief.

Wie haben nun die stadtzürcherischen Wähler am 24. März 1946 ihr Wahlinstrument gehandhabt? Der Gesetzgeber erlaubt dem Wähler, auf der ihm genehmen Liste Kandidatennamen zu streichen, durch andere zu ersetzen oder andere hinzuzufügen, und zudem ist ihm gestattet, den gleichen Namen zweimal aufzuführen. Da aber der Zweck des Verhältniswahlverfahrens dahin geht, die Stärke der Parteien in der Zusammensetzung der Volksvertretung möglichst scharf sich widerspiegeln zu lassen, wird die Persönlichkeit der Wahlkandidaten in den Hintergrund gedrängt. Der disziplinierte Wähler wird deshalb die gedruckte Parteiliste unverändert in die Waagschale werfen. Den Wählern, die es sich nicht versagen können, ihren Wahlzettel nach eigenem Dafürhalten abzuändern, stehen zwei Wege offen. Sie können sich damit begnügen, innerhalb der eigenen Parteiliste Kandidatennamen zu streichen und zu kumulieren, oder aber sie ersetzen ihre Streichungen mit den Namen von Kandidaten anderer Parteien. Das erste Vorgehen ist bloß ein Verändern in der Partei und fügt dieser als solcher keinen Schaden zu; beim zweiten, beim Panaschieren, wird jeder parteifremde Name auf einer Parteiliste zu einer verlorenen Stimme für die Listenpartei. Wie es mit der Parteidisziplin im ganzen stand, zeigt die folgende Aufstellung, aus der die absolute und die verhältnismäßige Zahl der unveränderten und veränderten Listen in den bisherigen Gemeinderatswahlen für die erweiterte Stadt Zürich ersichtlich ist.

Die Disziplin der Parteien 1933 bis 1946

Wahl- jahre	Zahl der gültigen Wahlzettel				Prozente			
	unver- ändert	in der Partei verändert	pana- schiert	Zu- sam- men	unver- ändert	in der Partei verändert	pana- schiert	Zu- sam- men
1933	69 986	4 339	4 536	78 861	88,7	5,5	5,8	100
1938	66 789	5 005	7 567	79 361	84,2	6,3	9,5	100
1942	54 275	9 127	9 076	72 478	74,9	12,6	12,5	100
1946	69 336	6 847	11 837	88 020	78,8	7,8	13,4	100

Danach wurden bei der letzten Erneuerungswahl 69336 unveränderte, 6847 in der Partei veränderte und 11837 panaschierte Parteilisten bzw. Wahlzettel gezählt. Gegenüber der Gemeinderatswahl von 1942 ist der Prozentanteil der unveränderten Listen mit 78,8 wieder etwas gestiegen. Gemessen an den Wahlen von 1933 und 1938 war es aber schlecht bestellt mit der Parteidisziplin, besonders auch darum, weil gegenüber der vorausgegangenen Wahl die vorgenommenen Veränderungen weniger im bloßen Streichen und Kumulieren als im Panaschieren bestanden. Denn während 7,8 Prozent der gültigen Wahlzettel innerhalb der eigenen Partei verändert worden sind, betrug der Anteil der panaschierten Parteilisten fast das Doppelte, nämlich 13,4 Prozent. Wie die Verhältnisse bei den einzelnen Parteien lagen, zeigt die folgende Aufstellung.

Parteidisziplin

Parteien	Zahl der gültigen Wahlzettel			
	unverändert	in der Partei verändert	panaschiert	Zusammen
Grundzahlen				
Bauern-, Gewerbe- u. Bürgerpartei	3 159	410	620	4 189
Christlichsoziale	6 789	969	604	8 362
Demokraten	2 205	338	1 261	3 804
Evangelische Volkspartei	1 233	44	285	1 562
Freisinnige	10 347	1 114	1 720	13 181
Freiwirtschaftler	1 587	63	441	2 091
Partei der Arbeit	12 244	574	574	13 392
Sozialdemokraten	21 361	1 761	2 725	25 847
Unabhängige	10 411	1 574	3 607	15 592
Zusammen	69 336	6 847	11 837	88 020
Prozente				
Bauern-, Gewerbe- u. Bürgerpartei	75,4	9,8	14,8	100
Christlichsoziale	81,2	11,6	7,2	100
Demokraten	58,0	8,9	33,1	100
Evangelische Volkspartei	78,9	2,8	18,3	100
Freisinnige	78,5	8,5	13,0	100
Freiwirtschaftler	75,9	3,0	21,1	100
Partei der Arbeit	91,4	4,3	4,3	100
Sozialdemokraten	82,7	6,8	10,5	100
Unabhängige	66,8	10,1	23,1	100
Zusammen	78,8	7,8	13,4	100

Fielen bei früheren Gemeinderatswahlen die Kommunisten durch eine musterhafte Wahldisziplin auf, so diesmal die Wähler der Partei der Arbeit, die zu über 90 Prozent zum Parteivorschlag standen.

Das Gegenstück dazu bilden die Demokraten und die Unabhängigen; denn nur 58 bzw. 67 Prozent ihrer Parteigänger wählten genau entsprechend der ausgegebenen Parteiparole. Das Verändern in der Partei wurde von den Christlichsozialen am häufigsten praktiziert; im Panaschieren hingegen waren die Demokraten wieder «Meister», denn genau ein Drittel ihrer Wähler machte sich nichts daraus, die eigene Partei zu schädigen.

Über die Zusammensetzung der gültigen Wahlzettel aus unveränderten, in der Partei veränderten und panaschierten in den einzelnen Stadtkreisen orientiert Anhangtabelle 2 (Seite 62).

Am schlechtesten diszipliniert waren danach die Wähler der Kreise 2, 6, 7 und 11, von denen über ein Viertel ihre Parteilisten «korrigiert» haben, und zwar überwiegend durch Panaschieren. Demgegenüber haben sich die Wähler des fünften Stadtkreises, wie meistens seit 1933, am besten an die Parteiparole gehalten; denn bloß 11,8 Prozent der gültigen Listen wurden abgeändert. Diesmal überwogen in sämtlichen Wahlkreisen die panaschierten die in der Partei veränderten Listen. Während aber in den Kreisen 4 und 5 die Differenz zwischen den beiden Arten nur minim ist, waren im zweiten, achten und elften die panaschierten Wahlzettel mehr als doppelt so zahlreich wie die in der Partei veränderten, und in den Kreisen 1 und 6 war der Unterschied nahezu so groß. Diese Unterscheidungen erklären sich nur zum Teil aus der Parteistellung der Wähler in den einzelnen Kreisen.

Wer sich nämlich die Mühe nimmt, die Anhangtabelle 3 aufmerksam zu durchgehen, der kann feststellen, daß das Verhältnis zwischen den innerhalb der Partei veränderten und den panaschierten Wahlzetteln auch für die gleiche Partei von Stadtkreis zu Stadtkreis mehr oder weniger großen Schwankungen unterworfen ist. Die Kirchturmspolitik spielt eben auch in der Großstadt eine Rolle; Sympathie und Antipathie oder wahlstrategische Manöver bestimmen vorwiegend die Häufigkeit des Streichens, Kumulierens und Panaschierens.

Letzten Endes aber beeinflußt das Panaschieren das Gesamtergebnis nicht gerade stark. In der Tabelle 5 im Anhang ist ausführlich dargestellt, wie sich die Stimmen auf den unveränderten, auf den innerhalb der Partei veränderten und auf den panaschierten Parteilisten zu den Gesamtstimmenzahlen jeder Partei zusammensetzen; da sieht man, daß von einer gesamten Parteistimmenzahl von 1119920 nur 37495 panaschierte Stimmen von fremden Parteizetteln waren. Auf unveränderten Parteilisten sind insgesamt 879935, auf innerhalb der Partei veränderten 88843 und auf panaschierten

eigenen Wahlzetteln 113647 Stimmen abgegeben worden. Fügen wir als Ergänzung zu Anhangtabelle 5 in der folgenden Tabelle noch die Zahl der an andere Parteien abgegebenen Stimmen bei, so können aus all diesen Zahlenreihen sämtliche Auskünfte gewonnen werden, die von der Wahlstatistik über den Stimmenaustausch bzw. die Herkunft der jeder Parteiliste zugekommenen Stimmen überhaupt verlangt werden dürfen.

**Panaschierte (an andere Parteien abgegebene) Stimmen
nach Parteilisten und Stadtkreisen**

Wahlkreise	Bauern-, Gewerbe- u. Bürger- partei	Christ- lich- soziale	Demo- kraten	Evang. Volks- partei	Frei- sinnige	Frei- wirt- schaft- ler	Partei der Arbeit	Sozial- demo- kraten	Unab- hän- gige	Zusam- men
1	69	52	75	7	220	52	30	76	466	1047
2	228	247	548	109	558	140	94	696	1709	4329
3	306	409	688	177	810	320	292	1789	1084	5875
4	164	137	504	83	253	175	330	1032	455	3133
5	31	51	11	.	44	40	58	170	119	524
6	381	397	685	190	1260	256	129	988	2904	7190
7	187	195	1275	195	1006	95	88	400	1305	4746
8	69	141	388	71	271	76	101	302	430	1849
9	121	81	180	53	97	56	62	247	326	1223
10	175	174	225	57	373	200	103	589	539	2435
11	286	259	637	232	694	176	188	1159	1513	5144
Stadt	2017	2143	5216	1174	5586	1586	1475	7448	10850	37495

Ob die einer Partei zugefallenen Stimmen von der eigenen oder aber von fremden Parteien herrührten, ist für das Wahlergebnis letztlich belanglos. Entscheidend ist die jeder Partei zugefallene Gesamtstimmenzahl, nach der die Verteilung der Sitze vorgenommen wird. Das Stärkeverhältnis in den einzelnen Stadt- bzw. Wahlkreisen ergibt sich ohne weiteres aus ihr; will man aber auch für die ganze Stadt ein wahres Bild erhalten, so ist die in den verschiedenen Kreisen ungleiche Wahlkraft der Einzelstimmen mitzubersichtigen. Indem wir die Gesamtstimmenzahlen in jedem Wahlkreis durch die Zahl der Vertreter dividieren, erhalten wir die rechnerische Zahl von ganzen Parteilisten oder «Parteizugehörigen», die als Maß für die Parteistärke anzusehen ist.

Zunächst soll aber mit der folgenden Zusammenstellung noch ein weiterer Einblick in die Bedeutung des Panaschierens gewährt werden.

Parteistärke (Parteizugehörigkeit)

Parteien	Aus eigenen Listen	Gewinn durch Pana- schieren	Zusam- men	Prozentualer Gewinn durch Panaschieren
Bauern-, Gewerbe- u. Bür- Christlichsoziale [gerpartei	4 189	116	4 305	2,77
Demokraten	8 362	- 27	8 335	- 0,32
Evangelische Volkspartei	3 804	- 16	3 788	- 0,42
Freisinnige	1 562	104	1 666	6,66
Freiwirtschaftler	13 181	55	13 236	0,42
Partei der Arbeit	2 091	294	2 385	14,06
Sozialdemokraten	13 392	107	13 499	0,80
Unabhängige	25 847	- 217	25 630	- 0,84
Zusammen	15 592	- 416	15 176	- 2,67
	88 020	.	88 020	.

Aus diesen Zahlen geht deutlich hervor, daß im allgemeinen die Wirkung des Panaschierens weit überschätzt wird, indem die daraus resultierenden Gewinne oder Verluste höchstens für die kleineren Parteien ins Gewicht fallen. Zu den nennenswert Profitierenden gehörten denn auch einzig die Evangelische Volkspartei und die Freiwirtschaftler.

Die Parteistärken beim letzten politischen Hosenlupf rücken aber erst ins richtige Licht, wenn sie mit denen der vergangenen Proporz-kämpfe verglichen werden. Die folgende aus dem Statistischen Jahrbuch der Stadt Zürich stammende Tabelle orientiert über die Zahl der Parteizugehörigen und das prozentuale Stärkeverhältnis der Parteien seit 1913.

Parteistärke bei den Erneuerungs- Grundzahlen (Parteizugehörige)

Wahl- jahre	Kommun- nisten	Sozial- demo- kraten	Grüt- lianer	Christ- lich- soziale	Evang. Volks- partei	Demo- kraten	Frei- sinnige 1)	Bauern-, Gewerbe- u. Bürger- partei	Nat. Front	Alle Partei- en ²⁾
	Partei der Arbeit		Unab- hängige						Freiwirt- schafter	
1913	.	11 999	.	2441	.	4409	11 865	.	.	30 714
1916	.	14 894	.	2939	.	4622	11 505	.	.	33 960
1919	.	19 320	3824	3525	.	4738	13 448	.	.	44 855
1922	4757	13 673	2892	3976	1138	4516	12 652	.	.	43 806
1925	4105	18 206	1436	4705	1232	4281	12 476	.	.	46 441
1928	3341	24 850	.	5370	5747	5747	16 802	.	.	56 193
1931	3155	25 696	.	5332	1650	4616	13 801	.	.	54 250
1933	3683	37 729	.	6545	1788	5872	13 348	3344	6085	78 861
1938	3388	33 003	12679	5933	1072	4237	12 908	2288	1913	79 361
1942	.	26 468	20741	6677	1232	3910	11 368	.	2082	72 478
1946	13499	25 630	15176	8335	1666	3788	13 236	4305	2385	88 020

1) Einschließlich: 1913 2119 Bürgerverband; 1916 1027 Bürgerverband — 2) Einschließlich: 1922 202 Wilde; 1928 83 Opposition; 1933 448 Vereinigte Bürgerliche Liste und 19 Nationale Erhebung gegen Volksschädlinge; 1938 1940 Freiwirtschaftler

Nach wie vor stellen die Sozialdemokraten den Hauptharst, aber seit 1933 nimmt ihr Heer ständig ab; heute erreicht es mit 25630 Mann absolut etwa den Bestand von 1928, als die «rote Mehrheit» Zürich eroberte. Der Hauptgewinner des heurigen Wahlganges war die Partei der Arbeit; sie errang im ersten Anhieb 13499 Parteiangehörige, also noch mehr als 1938 die Unabhängigen (12679) und mehr als doppelt so viele wie die Nationale Front (6085) Anno 1933. Woher mag diese neue Wählermasse stammen? Offenbar scharten sich einmal die ehemaligen Kommunisten, die 1942 durch Wahlabstinenz glänzten, um die PdA (das war wohl auch der Sinn einer Meldung von «Radio Moskau»: «die Kommunisten hätten in Zürich einen großen Erfolg zu verzeichnen»). Hinzu kommt jenes labile Wählerkonglomerat, das jeweilen der neuesten Werbetrommel und den schönsten Versprechungen nachzujagen pflegt, gleichgültig ob der Wind von Norden oder von Osten oder sonst woher weht. Die Leidtragenden bei den diesjährigen Gemeinderatswahlen waren denn auch die Unabhängigen, deren Mannschaftsbestand 1942 um 8062 zu, jetzt aber um 5565 abgenommen hat.

Aufschlußreicher sind jedoch wieder die Verhältniszahlen, weil nur sie eine Vorstellung von den Verschiebungen in der Parteistärke zu vermitteln vermögen. Sie zeigen, daß die Linksparteien zusammen immer noch über 44,4 Prozent der Parteizugehörigen verfügen; bei den Wahlen von 1928 bis 1933 hatten sie allerdings mit 50,2 bis 53,2

wahlen von 1913 bis 1946

Prozentuales Stärkeverhältnis der Parteien

Wahljahre	Kommunisten	Sozialdemokraten	Grütlerner	Christlich-soziale	Evang. Volkspartei	Demokraten	Freisinnige ¹⁾	Bauern-, Gewerbel- u. Bürgerpartei	Nat. Front	Alle Parteien ¹⁾
	Partei der Arbeit		Unabhängige						Freiwirtschaftler	
1913	.	39,1	.	7,9	.	14,4	38,6	.	.	100
1916	.	43,9	.	8,6	.	13,6	33,9	.	.	100
1919	.	43,1	8,5	7,8	.	10,6	30,0	.	.	100
1922	10,8	31,2	6,6	9,1	2,6	10,3	28,9	.	.	100
1925	8,8	39,2	3,1	10,1	2,7	9,2	26,9	.	.	100
1928	6,0	44,2	.	9,6	10,2		29,9	.	.	100
1931	5,8	47,4	.	9,8	3,0	8,5	25,5	.	.	100
1933	4,7	47,8	.	8,3	2,3	7,5	16,9	4,2	7,7	100
1938	4,3	41,6	16,0	7,5	1,3	5,3	16,3	2,9	2,4	100
1942	.	36,5	28,6	9,2	1,7	5,4	15,7	.	2,9	100
1946	15,3	29,1	17,3	9,5	1,9	4,3	15,0	4,9	2,7	100

1) Vergleiche Anmerkung Seite 46

Prozent die absolute Mehrheit errungen. Die Sozialdemokraten standen 1933 mit 47,8 Prozent im Zenit, heute müssen sie sich mit einem Anteil von 29,1 Prozent an der gesamten Parteistärke begnügen. Hingegen weist die PdA mit 15,3 Prozent einen wesentlich höheren Prozentanteil auf als die Kommunisten 1922, deren Parole damals 10,8 Prozent aller Wähler folgten. Der Rückgang im Stärkeverhältnis der Demokraten hat von 1913 weg bis zu den letzten Wahlen angehalten. Bei den Freisinnigen setzte die rückläufige Bewegung nur einmal, 1928, aus; seither ist sie nie wieder ganz gestoppt worden. Den Christlichsozialen konnten die politischen Tagesstürme wenig anhaben; zu ihrem Programm sind wieder 9,5 Prozent aller Wähler gestanden. Der Landesring der Unabhängigen dagegen büßte seinen Konjunkturgewinn von 1942 größtenteils wieder ein. Zweifellos sind die Parteien, die sich entweder zur «Linken» oder zur «Rechten» zählen, gestärkt aus dem Wahlkampf hervorgegangen, wie folgende Zahlen für die beiden letzten Wahlgänge zeigen.

	Parteizugehörige		Prozentzahlen	
	1942	1946	1942	1946
Linksparteien	26 468	39 129	36,5	44,5
Rechtsparteien	23 187	31 330	32,0	35,6
Unabhängige und Freiwirtschaftler	22 823	17 561	31,5	19,9
Zusammen	72 478	88 020	100,0	100,0

Wenden wir uns nun der Tabelle 6 im Anhang zu, aus der die parteipolitische Struktur der Wahlkreise ersichtlich ist! Von 88020 Wählern bzw. Parteizugehörigen haben 25630 sozialdemokratisch gestimmt. Es haben demnach 29,1 Prozent der Wahlberechtigten der «Regierungspartei» ihr Vertrauen ausgesprochen. An zweiter Stelle folgt der Landesring der Unabhängigen mit 15176 Parteigängern, den dritten und vierten Platz nehmen die Partei der Arbeit und die Freisinnigen mit je über 13000 Wählern ein.

Den parteipolitischen Charakter der einzelnen Wahlkreise kennzeichnen am deutlichsten die Verhältniszahlen. Werfen wir vorerst unsern Blick auf die prozentuale Verteilung jeder Partei auf die Wahlkreise, so finden wir die Bollwerke der Linksparteien in Wiedikon, in Außersihl und im Industriequartier; während aber die Partei der Arbeit über die Hälfte ihrer Gefolgschaft in diesen drei Wahlkreisen rekrutiert, finden die Sozialdemokraten nur zwei Fünftel ihrer Anhänger in diesen Stützpunkten. Die Freisinnigen mobilisierten die stärksten Wählerkontingente rechts der Limmat, in den Stadtkreisen 6 und 7. Die Demokraten brachten einen Fünftel

ihrer Getreuen im elften Stadtkreis auf, die Unabhängigen beinahe den gleichen Bruchteil ihrer gesamten Stimmkraft im sechsten Wahlkreis.

Lehrreicher sind die Prozentzahlen, die über die relative Parteistärke in den einzelnen Wahlkreisen Aufschluß erteilen. Daraus ist zu ersehen, daß die Sozialdemokraten sich in der Mehrzahl der Wahlkreise, nämlich in sechs, als die stärkste Partei behaupteten, daß sie aber diesmal auch in ihren Hochburgen Außersihl und Industriequartier die absolute Mehrheit einbüßten. In diesen beiden Kreisen eroberten sie nur mehr 39 bzw. 42 Prozent der Stimmen gegenüber 52 bzw. 57 Prozent im Jahre 1942. Den Freisinnigen fiel nicht bloß im Kreis 7 die Führung zu, sondern auch in den Kreisen 1, 2 und 8. Die Unabhängigen hingegen, die bei der vorausgegangenen Wahl noch in vier Kreisen an der Spitze marschierten, konnten sich bloß noch im sechsten Stadtkreise als stärkste Partei behaupten. Katastrophal war ihr Rückschlag im ersten Wahlkreis und ganz besonders in den ausgesprochenen Arbeiterkreisen 4 und 5, wo gegenüber 1942 fast die Hälfte ihrer Parteigänger die Fahne wechselte. Die Partei der Arbeit hat, wie nicht anders zu erwarten, ihre mächtigste Position in den Kreisen 3 bis 5, wo sich etwa jeder vierte Wähler zu ihr bekannte. Äußerst gleichmäßig war im Gegensatz zu den übrigen Parteien die prozentuale Parteistärke der Christlichsozialen, der Evangelischen Volkspartei und der Freiwirtschaftler in den elf Wahlkreisen. Die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei vermochte vor allem im Kreis 9 und daneben in den Kreisen 1 und 6 Einfluß zu gewinnen, woraus zu schließen ist, daß sie in Gewerbe- und Mittelstandskreisen ebenso stark verankert ist wie bei den Bauern.

Die Stärke der Parteienvertretung im Gemeinderat hängt nun allerdings nicht allein von dem Parteistärkeverhältnis ab, das sich aus der Gesamtstimmzahl ergibt, sondern auch von etwas mehr oder weniger Glück bei der Zuteilung von Restmandaten. Dabei profitieren gewöhnlich die größern Parteien, weshalb sich die kleinern durch Listenverbindung schadlos zu halten suchen. Außerdem ist mitzubedenken, daß bei der Verteilung der Mandate an die einzelnen Parteien nicht die ganze Stadt, sondern jeder Stadtkreis eine Einheit bildet. Um den Einfluß all dieser Momente nachzuweisen, haben wir die den verschiedenen Parteien zukommenden Vertreterzahlen berechnet unter der Annahme, daß keine Listenverbindung existiert hätte, und weiterhin für den Fall, daß gleichzeitig die ganze Stadt aus einem einzigen Wahlkreis bestanden hätte. Die Ergebnisse zeigt nachstehende Aufstellung.

Sitzverteilung im Gemeinderat

Parteien	Zahl der Mandate		
	bei effektiv durchgeführter Listenverbindung	ohne jede Listen- verbindung	bei stärke- mäßiger Sitz- verteilung
Bauern-, Gewerbe- u. Bürgerpartei	4	2	5,9
Christlichsoziale	14	12	12,0
Demokraten	4	2	5,2
Evangelische Volkspartei	—	—	2,4
Freisinnige	25	22	18,5
Freiwirtschaftler	—	—	3,4
Partei der Arbeit	19	21	19,7
Sozialdemokraten	38	44	36,3
Unabhängige	21	22	21,6
Zusammen	125	125	125,0

«Die widernatürliche Unzucht in der Politik», wie ein Gegner, oder das «Korrektiv zugunsten der kleinen Parteien», wie ein Freund der Institution im kantonsrätlichen Rededuell die Listenverbindung titulierten, ist vor allem den kleinen Parteien zugute gekommen. Unsere Zahlen zeigen augenfällig, wie die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, die Christlichsozialen und die Demokraten dank der Listenverbindung je zwei Mandate zuerkannt erhielten, die sie ohne dieses Hilfsmittel nicht erreicht hätten. Andererseits haben besonders die Partei der Arbeit und die Sozialdemokraten durch die Listenverbindung insgesamt acht Mandate, die ihnen zur Erringung der absoluten Mehrheit abgingen, eingebüßt.

Bei genau stärkemäßiger Sitzverteilung würde sich vor allem bei den Freisinnigen, aber auch bei den Christlichsozialen und Sozialdemokraten ein geringerer Sitzanspruch ergeben, während die kleinen Parteien, insbesondere die leer ausgegangenen Freiwirtschaftler und die Evangelische Volkspartei, zu einer Vertretung kommen würden.

DER NEUE GEMEINDERAT

Die Neuverteilung der Mandate auf die Parteien und die Wahlkreise geht aus Anhangtabelle 7 hervor. Eo ipso führten die großen Veränderungen im Stärkeverhältnis der Parteien auch zu einer beträchtlichen Verschiebung in den Fraktionen des Gemeinderates. Deren Auf und Ab, Werden und Vergehen auf Grund der bisher durchgeführten sieben Majorzwahlen sowie der elf Proporzahlen tritt aus der folgenden Tabelle, die wir wiederum dem Statistischen Jahrbuch der Stadt Zürich entnehmen, plastisch hervor.

Fraktionen des Großen Stadtrates bzw. Gemeinderates 1892 bis 1946

Wahl- jahre	Kommun- isten Partei der Arbeit	Sozial- demo- kraten	Grüt- lianer Unab- hängige	Christ- lich- soziale	Evang. Volks- partei	Demo- kraten	Frei- sinnige	Konservative		Natio- nale Front	Zusam- men
								Freiwirt- schafter	Bauern- Gewerbe- u. Bürger- partei		
1892	.	14	.	.	.	37	60	7	.	.	118
1895	.	18	.	.	.	41	53	6	.	.	118
1898	.	22	.	.	.	39	51	6	.	.	118
1901	.	31	.	.	.	36	54	4	.	.	125
1904	.	44	.	.	.	31	47	3	.	.	125
1907	.	49	.	—	.	26	47	3	.	.	125
1910	.	49	.	—	.	26	46	4	.	.	125
1913	.	53	.	8	.	17	47 ¹⁾	.	.	.	125
1916	.	60	.	8	.	15	42 ²⁾	.	.	.	125
1919	.	60	8	8	.	10	39	.	.	.	125
1922	13	44	5	9	1	12	41	.	.	.	125
1925	9	55	1	11	—	10	39	.	.	.	125
1928	5	59	.	10	—	10	41	.	.	.	125
1931	6	63	.	11	1	9	35	.	.	.	125
1933	2	63	.	13	—	6	28	.	3	10	125
1938	2	60	20	10	—	4	29	.	—	—	125
1942	.	48	37	13	—	3	23	1	—	.	125
1946	19	38	21	14	—	4	25	—	4	.	125

1) Darunter Bürgerverband 13 Mitglieder — 2) Darunter Bürgerverband 6 Mitglieder

Wie seit 1907 ununterbrochen, stellen die Sozialdemokraten auch heute wieder die stärkste Fraktion; aber ihre jetzige auf 38 Mann zusammengeschrumpfte Vertretung ist nicht mehr so gewichtig wie während der zwölf vorausgegangenen Amtsperioden. 1931 und 1933 fielen ihnen sogar je 63 Mandate in den Schoß, womit sie die absolute Mehrheit im 125köpfigen Rat besaßen. Schon im Verlaufe der letzten Amtsdauer haben fünf von insgesamt 48 sozialdemokratischen Fraktionsgenossen zur Partei der Arbeit hinübergewechselt, und bei den diesjährigen Märzahlen eroberte diese 19 Sitze. Damit verfügen die Linksparteien zusammen über 57 Ratssessel. Die Freisinnigen vermochten ihre Vertretung um zwei auf 25 Sitze zu erhöhen und nehmen nun wieder den Rang der zweitstärksten Partei ein, den ihnen die Unabhängigen im Jahre 1942 mit Erfolg streitig gemacht haben. Tüchtig zerzaust wurde die Fraktion der Unabhängigen; sie hat 16 Mandate verloren und kehrt mit bloß 21 Abgeordneten in die parlamentarische Arena zurück. Zu den Gewinnenden zählt die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, die, nachdem sie wieder mit eigenen Listen in den Wahlkampf zog, gleich vier Mandate eroberte. Die Christlichsozialen und die Demokraten haben je einen neuen Sitz

errungen, währenddem die Freiwirtschaftler ihren einzigen einbüßten und die Evangelische Volkspartei wiederum leer ausging.

Wie sich der neue Gemeinderat aus «Bisherigen» und «Neuen» zusammensetzt, soll in der folgenden Aufstellung näher untersucht werden.

Die Erneuerung des Gemeinderates

Parteien	Mitglieder des alten Gemein- derates (1942-46) ¹⁾	Zur Wie- derwahl vorge- schlagen	Nicht wieder ge- wählt	Wieder- ge- wählt	Neu- ge- wählt	Mitglieder des neuen Gemein- derates (1946-50)
Bauern-, Gewerbe- u. Bürgerpartei	4	4
Christlichsoziale . . .	13	9	1	8	6	14
Demokraten	3	3	1	2	2	4
Freisinnige	23	20	1	19	6	25
Freiwirtschaftler . . .	1	1	1	—	—	—
Partei der Arbeit . . .	5	5	—	5	14	19
Sozialdemokraten . . .	43	34	8	26	12	38
Unabhängige	37	26	6	20	1	21
Alle Parteien	125	98	18	80	45	125

1) am Ende der Amtsdauer

Die Blutauffrischung des Rates war diesmal weniger radikal als bei den drei unmittelbar vorausgegangenen Wahlgängen; diesmal wurden nämlich bloß 45 «Neue» hinzugewählt gegenüber 55 bei der Bestellung der städtischen Legislative von 1942. Von 98 zur Wiederwahl Vorgeschlagenen sind 18 auf der Strecke geblieben, während über vier Fünftel das Ziel erreichten. Am geringsten war die «Verjüngung» bei den Unabhängigen, am stärksten bei der Partei der Arbeit, den Christlichsozialen und Sozialdemokraten. Aber auch von den alten Mitgliedern können verhältnismäßig nur wenige auf eine langjährige parlamentarische Wirksamkeit zurückblicken, denn nur etwa jeder vierte der heutigen Parlamentarier gehörte dem Gemeinderat ununterbrochen seit der Erneuerungswahl im Frühjahr 1938 an. Senior des Rates nach der Zugehörigkeit ist der Vizepräsident des Bezirksgerichtes, Traber, der bereits 1916 bis 1919 der städtischen Legislative und während der Amtsdauer 1922 bis 1925 vorübergehend der Exekutive angehört hatte; ununterbrochen gehört er also dem Rate seit 21 Jahren an.

Noch bevor sich der neugewählte Gemeinderat zur konstituierenden Sitzung zusammenfand, traten Mutationen ein. Otto Brunner von der PdA, der bereits während zwei früheren Amtsperioden der kommunistischen Fraktion angehörte, war gleichzeitig in drei verschiedenen

Stadtkreisen zum Volksvertreter gewählt worden. Er erklärte Annahme der Wahl im Kreis 4, und in den Kreisen 9 und 11 rückte je der erste Ersatzkandidat an seine Stelle. Der Sozialdemokrat Otto Schütz wurde gleichfalls in zwei Stadtkreisen vom Volk erkoren; er entschied für den Kreis 11, und im Kreis 3 nimmt ebenfalls der erste Ersatzmann seinen Platz ein. Zudem lehnte Edgar Woog unabhängig von der Beurteilung des Rekurses gegen die Stadtratswahl sein Mandat als Gemeinderat ab. Alle diese Mutationen wurden in den Anhangtabellen 8 und 9, die in üblicher Weise eine Übersicht über die Altersgliederung und eine weitere über die berufliche Struktur des neuen Rates geben, mitberücksichtigt, währenddem die erst in der fünften Sitzung erfolgte Ersetzung des zum Stadtrat gewählten Freisinnigen Albert Sieber natürlich nicht mehr in Betracht gezogen wurde.

Was das Alter der Gewählten anbelangt, so ist bei dem neugewählten Rat, im Gegensatz zu den unmittelbar vorhergegangenen Wahlen, keine Verjüngung eingetreten. Gegenüber 1942 ist die Zahl der über 60-jährigen von 2 auf 10 angestiegen, während die der unter 30-jährigen von 8 auf 2 sank. In den mittleren Altersstufen ist praktisch keine Veränderung zu vermerken. Der Benjamin des erneuerten Stadtparlamentes ist ein im Jahre 1920 geborenes Mitglied der Partei der Arbeit, deren Fraktion überwiegend die jüngere Generation vertritt. Der Ratsälteste ist das 69-jährige Mitglied der Freisinnigen Partei Rudolf Großmann, der im September 1933 als Vertreter von Höngg in den Rat für die erweiterte Stadt gewählt worden ist.

Auch hinsichtlich der Gliederung nach Berufsgruppen ergeben sich im Vergleich zu 1942 keine großen Veränderungen. Selbständige einerseits und Arbeiter und Angestellte aus der Privatwirtschaft andererseits sind im neuen Parlament etwas weniger stark vertreten als im alten, dafür sind die öffentlichen Funktionäre wieder zahlreicher geworden. Die Verbands- und Parteisekretäre haben sich um einen Drittel, nämlich von 9 auf 12, vermehrt und repräsentieren somit etwa einen Zehntel des Rates.

WAHL DES STADTRATES UND DES STADTPRÄSIDENTEN

Um die Sitze im Stadtrat tobte der Streit am 24. März nicht weniger heftig als um die Vertretung im Rathaus. Durch den Rücktritt des Freisinnigen E. Stirnemann war ein Sitz neu zu vergeben. Die Freisinnigen, die Christlichsozialen und die Unabhängigen wollten ihren bisherigen Besitzstand wahren, während die Sozialdemokraten sich mit der Partei der Arbeit auf einen Einheitsvorschlag einigten, der neben den fünf bisherigen Sozialdemokraten, Lüchinger, Baumann, Peter, Spühler und Ziegler, neu Edgar Woog enthielt. Zwischen den übrigen Parteien gelang keine gemeinsame Vereinbarung. Die Freisinnigen und die Christlichsozialen gingen auch hier ein Wahlbündnis ein, das die Wiederwahl der bisherigen Landolt (freisinnig) und Higi (christlichsozial) bezweckte und als Ersatz für Stirnemann neu Albert Sieber in Vorschlag brachte. Der Landesring der Unabhängigen war nur auf die Sicherung seines bisherigen Mandatars Oetiker bedacht und stellte es seinen Wählern anheim, daneben den Kollegen von links und rechts die Stimme zu geben. Schließlich wollte die demokratische Partei in der städtischen Exekutive wieder vertreten sein; sie rechnete mit ihrer Kandidatur Acker auf starke Wahlhilfe der Angestelltenkreise. Die Wiederwahl des bisherigen Stadtpräsidenten, Dr. Lüchinger, der am 6. Februar 1944 an Stelle von Bundesrat E. Nobs gewählt worden war, wurde von keiner Seite bestritten.

Wie bei den Gemeinderatswahlen ist auch bei den Stadtratswahlen die Wahlbeteiligung diesmal viel besser gewesen als beim vorausgegangenen Wahlgang, wo die Beteiligungsquote nur 69 Prozent betrug. Sie belief sich immerhin auf 78 Prozent, blieb aber auch damit hinter den bei den Wahlen von 1928 und 1933 erreichten Aufmarschziffern von 89,2 und 85,2 Prozent wesentlich zurück. Für den Politiker mag frappierend sein, daß das Wahlinteresse, über dessen Erlahmung immer und immer wieder Klage geführt wird, auch bei den stadtzürcherischen Stadtratswahlen im Laufe der Zeit ebenfalls nicht abgeflaut, sondern angestiegen ist, trotzdem hier die direkte Wirkung der Einführung der Proportionalwahl nicht in Frage kommt – indirekt hat diese zweifellos auch die Wahlbeteiligung bei den Stadtratswahlen günstig beeinflußt. Wird für die bisherigen 18 Erneuerungswahlen je das Mittel für sechs Wahlgänge errechnet, so ergibt sich nämlich eine ständig wachsende Wahlbeteiligung und zwar von zunächst 65,7 Prozent von 1892–1907, auf 75,8 von 1910–1925 und schließlich auf 78,6 Prozent in den Wahlperioden 1928–1946.

Beteiligung bei den Erneuerungswahlen des Stadtrates und des Stadtpräsidenten 1913 bis 1946

Wahltag	Stimmber- rechtigte	Wahlbeteiligung		Stadtrat		Stadtpräsident	
		Stimm- zettel	in %	Stimmen- zahl	Absolu- tes Mehr	Stimmen- zahl	Absolu- tes Mehr
13. April 1913	37 638	28 518	75,8	130 613	7 257	23 282	11 642
26. März 1916	41 841	31 391	75,0	156 009	8 668	26 494	13 248
4. Mai 1919	49 664	36 905	74,3	162 853	9 048	16 079	8 040
2. April 1922	52 064	42 158	81,0	195 613	10 868	23 266	11 634
22. März 1925	55 983	44 415	79,3	225 897	12 550	23 626	11 814
15. April 1928	62 742	55 991	89,2	279 024	15 502	53 053	26 527
15. März 1931	72 946	53 160	72,9	254 722	14 152	32 403	16 202
24. Sept. 1933	92 923	79 058	85,1	430 949	23 942	73 829	36 915
20. März 1938	98 497	79 962	81,2	414 900	23 051	62 053	31 027
22. März 1942	106 389	73 465	69,1	323 792	17 989	50 110	25 056
24. März 1946	113 197	88 284	78,0	446 961	24 832	54 568	27 285

Von den insgesamt 88284 in die Urne gelegten Stimmzetteln mußten 1016 als ungültig erklärt werden; damit sank die Zahl der ungültigen Wahlzettel wieder auf den normalen Umfang, nachdem sie 1942 mit 2347 Zetteln ungewöhnlich hoch gewesen war. Wegen Verletzung der Bestimmung des kantonalen Wahlgesetzes (§ 17, 2) und des § 31 der entsprechenden Vollziehungsverordnung des Regierungsrates, wonach der ganze Stimmzettel als ungültig zu erklären ist, wenn demjenigen, dem als Präsidenten der Behörde die Stimme gegeben wird, nicht auch als Mitglied dieser Behörde gestimmt wird, wurden 481 (2144) Stimmzettel als ungültig erklärt. Die Beteiligung nach Stadtkreisen zeigt die folgende Aufstellung.

Wahlbeteiligung — Gültige und ungültige Wahlzettel

Stadt- kreise	Stimm- berech- tigte	Eingelegte Wahlzettel				Wahlbeteiligung in %	
		gültig	un- gültig	leer	im ganzen	ohne leere Zettel	einschl. Zettel
1	6 588	4 303	96	285	4 684	66,8	71,1
2	9 168	6 735	111	231	7 077	74,7	77,2
3	16 726	12 589	183	614	13 386	76,4	80,0
4	14 646	10 346	105	629	11 080	71,4	75,7
5	5 750	4 115	67	230	4 412	72,7	76,7
6	14 407	10 643	91	408	11 142	74,5	77,3
7	10 149	7 757	57	264	8 078	77,0	79,6
8	7 418	5 215	64	241	5 520	71,2	74,4
9	7 128	5 396	103	250	5 749	77,1	80,7
10	9 644	7 557	78	284	7 919	79,2	82,1
11	11 573	8 643	61	533	9 237	75,2	79,8
Stadt	113 197	83 299	1016	3969	88 284	74,5	78,0

Im Gegensatz zum Gemeinderat wird der Stadtrat in einem alle elf Stadtkreise umfassenden Wahlkreis gewählt und zwar nach dem Majorz, dem Mehrheitswahlsystem, wobei das Absolute Mehr die maßgebende Wahlzahl bildet. Dieses wird berechnet, indem von der neunfachen Zahl der Stimmzettel die leeren Linien abgezogen werden, das Ergebnis durch die Zahl der Mandate und dann nochmals durch zwei dividiert und um 1 vermehrt wird. Für die Stadtratswahl vom 24. März 1946 ergab sich danach als Absolutes Mehr:

$$x = \frac{794\,556 - 347\,595}{9 \times 2} + 1 = \frac{446\,961}{18} + 1 = 24\,832$$

Das absolute Mehr haben erreicht und es sind damit gewählt worden: Dr. Lüchinger, Baumann, Peter, Dr. Spühler, Dr. Ziegler, Oetiker und Dr. Landolt als Bisherige, sowie neu Sieber und Woog. Als überzählig fiel der Christlichsoziale Higi aus der Wahl, während der Demokrat Acker das nötige Quorum bei weitem nicht erlangte. Die Stimmzahlen der gewählten Mitglieder des Stadtrates nach Wahlkreisen sind in der folgenden Tabelle aufgeführt.

Stimmen der am 24. März gewählten Mitglieder des Stadtrates

Stadtkreise	Lüchinger	Baumann	Peter	Spühler	Ziegler	Oetiker	Landolt	Sieber	Woog
1	2 492	1 978	1 986	1 968	1 933	2 075	2 276	2 221	1 316
2	3 509	2 868	2 861	2 856	2 753	3 824	4 219	4 040	1 625
3	9 266	8 270	8 378	8 208	8 116	5 063	4 483	4 584	6 307
4	8 314	7 627	7 600	7 538	7 534	3 314	2 797	2 781	6 267
5	3 364	3 057	3 050	3 033	3 055	1 180	974	981	2 543
6	5 529	4 371	4 332	4 352	4 230	6 358	6 569	6 375	2 344
7	3 113	2 387	2 398	2 424	2 321	4 459	5 643	5 519	1 231
8	2 858	2 328	2 305	2 327	2 287	2 602	2 901	2 856	1 519
9	3 872	3 409	3 390	3 357	3 338	2 158	1 972	1 942	2 535
10	5 397	4 626	4 625	4 631	4 555	3 510	3 068	3 029	3 255
11	6 036	5 047	5 017	4 994	4 991	3 760	3 310	3 262	3 593
Stadt	53 750	45 968	45 942	45 688	45 113	38 303	38 212	37 590	32 535

Im Gegensatz zur Erneuerungswahl von 1942, aber wie bei den vier Wahlgängen von 1928 bis 1938, erzielten sämtliche Vertreter der «Mehrheitspartei» weit mehr Stimmen als die gewählten Bürgerlichen. Durchschnittlich vereinigten die fünf sozialdemokratischen Stadtväter 47292 Stimmen auf sich, dagegen die drei Bürgerlichen nur 38035 und der Vertreter der Partei der Arbeit bloß 32535.

Stimmen der Nichtgewählten, ungültige und leere Stimmen

Stadtkreise	Stimmen der Gewählten	Stimmen der Nichtgewählten			Ungültige Stimmen	Leere Stimmen	Stimmen aller eingelegeten Wahlzettel
		Higi	Acker	Ver- einzelte			
1	18 245	1 967	661	702	867	19 714	42 156
2	28 555	3 387	1 411	411	993	28 936	63 693
3	62 675	3 729	1 743	1 039	1 647	49 641	120 474
4	53 772	2 429	1 270	1 115	946	40 188	99 720
5	21 237	876	378	387	605	16 225	39 708
6	44 460	5 529	2 292	740	814	46 443	100 278
7	29 495	4 883	1 224	594	508	35 998	72 702
8	21 983	2 497	903	1 001	578	22 718	49 680
9	25 973	1 682	968	653	928	21 537	51 741
10	36 696	2 454	1 432	537	703	29 449	71 271
11	40 010	2 769	1 678	1 378	552	36 746	83 133
Stadt	383 101	32 202	13 960	8 557	9 141	347 595	794 556

Der Vertreter der Christlichsozialen im Stadtrat blieb mit 32 202 Stimmen um nur 333 Stimmen hinter Woog zurück. Da die Christlichsoziale Partei glaubte, daß der Mißerfolg ihres Kandidaten lediglich auf den Stimmenverlust zurückzuführen sei, der ihm infolge des bereits erwähnten § 17, 2 des kantonalen Wahlgesetzes erwachsen ist, reichte sie beim Bezirksrat einen Rekurs ein, mit dem diese Bestimmung als rechtsungültig angefochten und eine Neuermittlung des Wahlergebnisses unter Gültigerklärung der gegen § 17, 2 des Wahlgesetzes verstoßenden Wahlzettel begehrt wurde. Eine vom Zentralwahlbureau vorgenommene Überprüfung der als ungültig erklärten Stimmen ergab dann, daß Higi dadurch 123 und Woog 90 Stimmen verloren gegangen sind, so daß für diesen immer noch ein Vorsprung von 300 Stimmen blieb, wenn man die beanstandeten Stimmen als gültig zählte. Der Rekurs wurde vom Bezirksrat abgewiesen, da die angefochtene Verordnungsbestimmung dem Gesetz nicht widerspreche und sich übrigens auch bei anderer Einstellung keine Änderung des Resultates ergeben würde. Die Christlichsoziale Partei rekurrierte hierauf an den Regierungsrat. Nachdem indessen eine von der Direktion des Innern angeordnete neue Auszählung infolge der genannten Ungültigkeitserklärung für Higi einen Verlust von 155 und für Woog einen solchen von 125 Stimmen, somit kein von der ersten Auszählung wesentlich abweichendes Resultat ergab, zog sie den Rekurs zurück.

Der Zürcher Stadtrat nach den

Wahlen	Mitglieder des Stadtrates			
21. Aug. 1892	Vogelsanger (soz.)	Walcher (fr.)	Koller (dem.)	Grob (dem.)
28. April 1895	»	»	»	»
24. » 1898	»	Müller (dem.)	Billeter (fr.)	»
21. » 1901	»	Wyß (soz.)	Welti (fr.)	»
24. » 1904	»	»	»	Erismann (soz.)
21. » 1907	»	»	Klöti (soz.)	»
24. » 1910	»	»	»	»
13. » 1913	»	Pflüger (soz.)	»	»
26. März 1916	»	»	»	Lang (soz.)
4. Mai 1919	Traber (soz.)	»	»	»
2. April 1922	Gschwend (soz.)	»	»	Häberlin (fr.)
22. März 1925	»	Kaufmann (soz.)	»	»
15. April 1928	»	»	»	Briner (soz.)
15. März 1931	»	»	»	»
24. Sept. 1933	»	»	»	»
20. März 1938	»	Peter (soz.)	»	»
22. » 1942	Ziegler (soz.)	»	Nobs (soz.)	Spühler (soz.)
24. » 1946	»	»	Lüchinger (soz.)	»

Die Parteizugehörigkeit der Mitglieder des Stadtrates nach den Erneuerungswahlen 1892 bis 1946 ist aus der vorstehenden Texttafel, zahlenmäßig auch aus der Anhangtafel 10 ersichtlich; letztere zeigt das Entstehen und Vergehen der Parteivertretungen in der Exekutive anschaulich auf. Von 1893 bis 1898 «regierten» die Demokraten mit fünf Vertretern im Stadtrat, 1901 sank ihre Vertretung auf 2 Mitglieder, und bei diesem Bestande blieb es bis 1925. Bei der Erneuerungswahl 1928 wurden die beiden Demokraten bestätigt; als aber der eine davon die Wahl nicht annahm und der andere kurz nach der Wahl starb, fielen die beiden Sitze bei den Erneuerungswahlen den Freisinnigen zu. 1933 und 1938 erlangten die Demokraten nochmals eine Vertretung, doch ging sie ihnen 1942 wieder verloren. Die freisinnige Vertretung im Stadtrat bestand stets aus zwei oder drei Mitgliedern. Einen fast lückenlosen Anstieg in der Exekutive weist die sozialdemokratische Vertretung auf. War es anfänglich eine Einervertretung, so schnellte sie bereits 1901 auf 3, nach zwei weiteren Amtsperioden auf 4 und seit 1928 ununterbrochen auf 5 Mandate hinauf. Ein kurzes Gastspiel gaben die Grütlianer, die Evangelische Volkspartei und die Christlichsozialen im Stadtrat.

Die jetzige städtische Exekutive ist der Zahl der Amtsjahre nach ein ziemlich junges Kollegium. Zwei Mitglieder gehören ihm erst seit der diesjährigen Erneuerungswahl an, vier weitere seit jener des Jah-

Erneuerungswahlen 1892 bis 1946

und deren Parteizugehörigkeit					Jahre
Pestalozzi (lib.)	Usteri (fr.)	Hasler (dem.)	Fritschi (dem.)	Schneider (dem.)	1892
»	»	»	»	»	1895
»	Süß (fr.)	»	»	Lutz (dem.)	1898
»	»	»	»	»	1901
»	Mousson (fr.)	»	»	Billeter (fr.)	1904
»	»	Nägeli (dem.)	»	»	1907
Schneebeli (fr.)	»	»	»	»	1910
»	Boßhardt (fr.)	»	»	»	1913
Streuli (fr.)	»	»	Kern (dem.)	»	1916
»	»	»	»	Kruck (fr.)	1919
»	Ribi (gr.)	»	»	»	1922
Bertschinger (fr.)	»	»	Höhn (dem.)	»	1925
Baumann (soz.)	» (ev.)	Häberlin (fr.)	»	»	1928
»	»	»	Hungerbühler(fr.)	»	1931
»	Buomberger (chr.)	Sing (dem.)	Hefti (fr.)	»	1933
»	Higi (chr.)	Kunz (dem.)	»	Stirnmann (fr.)	1938
»	»	Ötiker (unabh.)	Landolt (fr.)	»	1942
»	Woog (PdA)	»	»	Sieber (fr.)	1946

res 1942 und eines seit jener von 1938. Durch Ersatzwahlen kamen im Jahre 1928 Baumann — das amtsälteste Mitglied — und im Jahre 1944 Dr. Lüchinger in den Stadtrat. —

An der Wahl des Stadtpräsidenten haben sich nicht ganz die Hälfte, nämlich 54568 oder 48,2 Prozent der Bürger aktiv beteiligt, wie aus der folgenden Tabelle hervorgeht.

Ergebnis der Stadtpräsidentenwahl (Absolutes Mehr 27285)

Stadt- kreise	Zahl der Stimmen						Beteiligung in %	
	Lüchinger	Ver- einzelt	Un- gültig	Zusam- men	Leer	Zusam- men	ohne leere Stimmen	einschl.
1	2 151	407	71	2 629	2 055	4 684	39,9	71,1
2	3 066	575	56	3 697	3 380	7 077	40,3	77,2
3	8 258	779	119	9 156	4 230	13 386	54,7	80,0
4	7 346	627	76	8 049	3 031	11 080	55,0	75,7
5	3 023	181	30	3 234	1 178	4 412	56,2	76,7
6	4 798	1 099	86	5 983	5 159	11 142	41,5	77,3
7	2 642	766	89	3 497	4 581	8 078	34,5	79,6
8	2 493	442	66	3 001	2 519	5 520	40,5	74,4
9	3 449	320	79	3 848	1 901	5 749	54,0	80,7
10	4 867	506	61	5 434	2 485	7 919	56,3	82,1
11	5 294	678	68	6 040	3 197	9 237	52,2	79,8
Stadt	47 387	6 380	801	54 568	33 716	88 284	48,2	78,0

Jedesmal, wenn die Wahl des Stadtpräsidenten nicht umstritten ist, wird die Linie des Stadtoberhauptes von vielen Stimmenden leer gelassen; diesmal waren es 33716, und das Absolute Mehr betrug 27285. Dr. Adolf Lüchinger überschritt dieses mit mehr als 20000 Stimmen, indem ihm insgesamt 47387 Wähler das Vertrauen aussprachen. Nur bei der Wahl von 1938 wurde der Stadtpräsident mit einer noch höheren Stimmenzahl wiedergewählt.

Bei den jüngsten Wahlen hat die Zürcher Stimmbürgerschaft den 17. Stadtpräsidenten seit der Schaffung dieses Amtes im Jahre 1803 gewählt. Seine Vorgänger und deren Amtsdauer sind aus der folgenden Aufstellung ersichtlich.

Die Stadtpräsidenten von Zürich seit 1803

1. Escher, Hans Conrad	Wahl 1803	Rücktritt 1804
2. Werdmüller, Hans Rudolf	» 1804	» 1809
3. Landolt, Johann Heinrich	» 1810	» 1815
4. Finsler, Hans Georg	» 1815	Tod 1821
5. Vogel, Hans Conrad	» 1821	Rücktritt 1830
6. Bürkli, Georg	» 1831	» 1831
7. Escher, Johann Jakob	» 1831	» 1837
8. Ziegler, Paul Karl Eduard	» 1837	» 1840
9. Heß, Johann Ludwig	» 1840	» 1863
10. Mousson, Johann Heinrich Emanuel	» 1863	» 1869
11. Römer, Dr. Melchior	» 1869	» 1889
12. Pestalozzi, Hans Conrad	» 1889	Tod 1909
13. Billeter, Robert	» 1909	» 1917
14. Nägeli, Hans	» 1917	Ersatz 1928
15. Klöti, Dr. Emil	» 1928	Rücktritt 1942
16. Nobs, Ernst	» 1942	Rücktritt 1944
17. Lüchinger, Dr. Adolf	» 1944	

Ein Blick auf diese Reihe der Zürcher Stadtpräsidenten zeigt, daß bis 1909, also während mehr als hundert Jahren, das höchste Amt der Stadt mit einer einzigen Ausnahme Angehörigen der alten Patriziats- und Bürgergeschlechter anvertraut wurde. Einzig Stadtpräsident Mousson, allerdings als Stadtzürcher geboren, entstammte dem Waadtland. Nach dem Tode von Stadtpräsident Pestalozzi wurde erstmals ein Nichtzürcher, Robert Billeter, gebürtig von Männedorf, zum Stadtoberhaupt erkoren. Seitdem die sozialdemokratische Partei den obersten Magistraten der Stadt stellt, sind dann nacheinander drei

Nichtzürcher zu dieser Würde gelangt. Stadtpräsident Klöti stammte aus Winterthur, sein Nachfolger, Bundesrat Nobs und der amtierende Stadtpräsident sind aus dem Kanton Bern bzw. dem Kanton St. Gallen gebürtig.

* * *

Der politische Kampf, insbesondere der Zusammenprall der Parteigegensätze bei den Wahlen und Abstimmungen soll in der Demokratie nicht Selbstzweck sein, sondern wie ein reinigendes Gewitter, befruchtend und anregend auf unser öffentliches Leben wirken, und Volksvertretungen und Behörden bestellen, denen es obliegt, die Gemeinde, Staat und Bund zustehenden Aufgaben zu lösen. Diese lassen sich nur meistern, wenn die Parteien, nachdem die Wahlschlacht geschlagen ist, einträchtig zum Wohl des Ganzen zusammenarbeiten. Diesem Gedanken hat denn auch Stadtpräsident Dr. Lüchinger in seiner Ansprache anlässlich der konstituierenden Sitzung des Zürcher Gemeinderates Ausdruck gegeben, die er mit den Worten schloß: «Große und schwere Aufgaben harren der Lösung. Ich bin überzeugt, daß dadurch die Schaffensfreude des neuen Rates angeregt wird. Wir wollen an diese Aufgaben herantreten, nicht mit Engstirnigkeit und kleinlichen Gesichtspunkten, sondern mit großzügigem Wagemut. Das allein entspricht der Denkweise unserer aufgeschlossenen, unermüdlich tätigen Bevölkerung. Ich hoffe, daß es uns gelingt, trotz vielen Widerwärtigkeiten, die sich sicher einstellen werden, und trotz den Gegensätzen der Weltanschauungen und der politischen Auffassungen den Weg zu finden, unserer lieben Stadt Zürich den Ruf eines fortschrittlichen, aufgeschlossenen und gut verwalteten Gemeinwesens, des wirtschaftlichen und kulturellen Zentrums unseres Landes, zu erhalten und zu mehren. Das sei unser Bestreben!»

Dr. W. Zingg

WAHL DES GEMEINDERATES

Bevölkerung, Stimmberechtigte, Stimmbeteiligung, Art der Wahlzettel

1 Wahlkreise	Zahl der Vertreter	Wohnbevölkerung	Zahl der Stimmberechtigten		Eingelegte Wahlzettel mit Kontrollstempel		Von den Wahlzetteln mit Kontrollstempel waren	
			im ganzen	% der Bevölkerung	im ganzen	% der Stimmberechtigten	gültig	ungültig
1	7	19559	6588	33,7	3820	58,0	3819	1
2	11	30230	9168	30,3	7156	78,1	7153	3
3	18	51584	16726	32,4	13436	80,3	13430	6
4	16	43322	14646	33,8	11205	76,5	11197	8
5	6	16482	5750	34,9	4415	76,8	4412	3
6	16	45633	14407	31,6	11331	78,6	11325	6
7	13	37424	10149	27,1	8156	80,4	8151	5
8	9	25570	7418	29,0	5523	74,5	5521	2
9	7	22072	7128	32,3	5717	80,2	5711	6
10	11	29440	9644	32,8	7970	82,6	7966	4
11	11	36162	11573	32,0	9339	80,7	9335	4
Stadt	125	357478	113197	31,7	88068	77,8	88020	48

Art der gültigen Wahlzettel

2 Wahlkreise	Zahl der Wahlzettel				Prozente			
	unverändert	innerhalb der Partei verändert	panaschiert	zusammen	unverändert	innerhalb der Partei verändert	panaschiert	zusammen
1	3065	268	486	3819	80,3	7,0	12,7	100
2	5105	676	1372	7153	71,4	9,4	19,2	100
3	10909	977	1544	13430	81,2	7,3	11,5	100
4	9408	832	957	11197	84,0	7,4	8,6	100
5	3892	251	269	4412	88,2	5,7	6,1	100
6	8338	1046	1941	11325	73,6	9,2	17,2	100
7	5999	804	1348	8151	73,6	9,9	16,5	100
8	4466	346	709	5521	80,9	6,3	12,8	100
9	4800	323	588	5711	84,0	5,7	10,3	100
10	6574	516	876	7966	82,5	6,5	11,0	100
11	6780	808	1747	9335	72,6	8,7	18,7	100
Stadt	69336	6847	11837	88020	78,8	7,8	13,4	100

Unveränderte und veränderte Wahlzettel (Disziplin der Parteien)

3 Wahlkreise	Bauern-, Gewerbe- u. Bürger- partei	Christ- lich- soziale	Demokrat- en	Evang. Volks- partei	Frei- sinnige	Frei- wirt- schaft- ler	Partei der Arbeit	Sozial- demo- kraten	Unab- hän- gige	Wahl- zettel über- haupt
Unveränderte Wahlzettel										
1	190	323	88	68	738	68	525	660	405	3065
2	260	476	264	106	1366	100	471	1210	852	5105
3	324	1188	234	162	878	246	2909	3432	1536	10909
4	283	840	89	109	512	174	2731	3602	1068	9408
5	91	319	74	.	234	89	1102	1634	349	3892
6	480	905	386	189	1858	218	684	1973	1645	8338
7	358	676	137	143	2256	124	305	980	1020	5999
8	184	436	161	89	1055	101	509	1046	885	4466
9	391	527	85	111	263	115	998	1746	564	4800
10	273	513	224	123	657	150	1087	2338	1209	6574
11	325	586	463	133	530	202	923	2740	878	6780
Stadt	3159	6789	2205	1233	10347	1587	12244	21361	10411	69336
Innerhalb der Partei veränderte Wahlzettel										
1	19	15	2	1	45	—	9	62	115	268
2	25	96	56	4	149	5	32	110	199	676
3	69	138	44	6	109	10	162	328	111	977
4	80	79	13	1	40	7	104	419	89	832
5	—	23	1	.	35	—	49	122	21	251
6	75	239	27	2	180	20	24	121	358	1046
7	44	106	12	11	313	5	19	103	191	804
8	4	18	36	1	108	4	20	63	92	346
9	31	30	24	4	22	—	34	98	80	323
10	44	84	38	7	51	6	41	126	119	516
11	19	141	85	7	62	6	80	209	199	808
Stadt	410	969	338	44	1114	63	574	1761	1574	6847
Panaschierte Wahlzettel										
1	31	23	37	3	104	26	16	39	207	486
2	69	68	168	25	198	45	29	218	552	1372
3	78	92	158	36	190	69	109	540	272	1544
4	44	40	78	15	66	46	121	413	134	957
5	12	28	6	.	22	16	35	99	51	269
6	96	105	150	36	317	48	32	319	838	1941
7	54	54	198	61	335	36	30	132	448	1348
8	34	39	150	18	115	18	45	131	159	709
9	54	29	75	14	51	23	29	134	179	588
10	63	50	63	20	118	66	49	250	197	876
11	85	76	178	57	204	48	79	450	570	1747
Stadt	620	604	1261	285	1720	441	574	2725	3607	11837

Wahlzettel überhaupt nach Parteien

4 Wahlkreise	Bauern-, Gewerbe- u. Bürger- partei	Christ- lich- soziale	Demokrat- en	Evang. Volks- partei	Frei- sinnige	Frei- wirt- schaft- ler	Partei der Arbeit	Sozial- demo- kraten	Unab- hän- gige	Wahl- zettel über- haupt
1	240	361	127	72	887	94	550	761	727	3819
2	354	640	488	135	1713	150	532	1538	1603	7153
3	471	1418	436	204	1177	325	3180	4300	1919	13430
4	407	959	180	125	618	227	2956	4434	1291	11197
5	103	370	81	.	291	105	1186	1855	421	4412
6	651	1249	563	227	2355	286	740	2413	2841	11325
7	456	836	347	215	2904	165	354	1215	1659	8151
8	222	493	347	108	1278	123	574	1240	1136	5521
9	476	586	184	129	336	138	1061	1978	823	5711
10	380	647	325	150	826	222	1177	2714	1525	7966
11	429	803	726	197	796	256	1082	3399	1647	9335
Stadt	4189	8362	3804	1562	13181	2091	13392	25847	15592	88020

Herkunft der jeder Parteiliste zugefallenen Stimmen

5 Wahlkreise	Bauern-, Gewerbe- u. Bürger- partei	Christ- lich- soziale	Demokrat- en	Evang. Volks- partei	Frei- sinnige	Frei- wirt- schaft- ler	Partei der Arbeit	Sozial- demo- kraten	Unab- hän- gige	Partei- stimmen über- haupt
Stimmen auf unveränderten Parteizetteln										
1	1330	2261	616	476	5166	476	3675	4620	2835	21455
2	2860	5236	2904	1166	15026	1100	5181	13310	9372	56155
3	5832	21384	4212	2916	15804	4428	52362	61776	27648	196362
4	4528	13440	1424	1744	8192	2784	43696	57632	17088	150528
5	546	1914	444	.	1404	534	6612	9804	2094	23352
6	7680	14480	6176	3024	29728	3488	10944	31568	26320	133408
7	4654	8788	1781	1859	29328	1612	3965	12740	13260	77987
8	1656	3924	1449	801	9495	909	4581	9414	7965	40194
9	2737	3689	595	777	1841	805	6986	12222	3948	33600
10	3003	5643	2464	1353	7227	1650	11957	25718	13299	72314
11	3575	6446	5093	1463	5830	2222	10153	30140	9658	74580
Stadt	38401	87205	27158	15579	129041	20008	160112	268944	133487	879935
Stimmen auf den innerhalb der Partei veränderten Parteizetteln										
1	133	105	14	7	315	—	63	434	805	1876
2	275	1056	616	44	1639	55	352	1210	2189	7436
3	1242	2484	792	108	1962	180	2916	5904	1998	17586
4	1280	1264	208	16	640	112	1664	6704	1424	13312
5	—	138	6	.	210	—	294	732	126	1506
6	1200	3824	432	32	2880	320	384	1936	5728	16736
7	572	1378	156	143	4069	65	247	1339	2483	10452
8	36	162	324	9	972	36	180	567	828	3114
9	217	210	168	28	154	—	238	686	560	2261
10	484	924	418	77	561	66	451	1386	1309	5676
11	209	1551	935	77	682	66	880	2299	2189	8888
Stadt	5648	13096	4069	541	14084	900	7669	23197	19639	88843

Herkunft der jeder Parteiliste zugefallenen Stimmen

5 (Schluß) Wahlkreise	Bauern-, Gewerbe- u. Bürger- partei	Christ- lich- soziale	Demok- raten	Evang. Volks- partei	Frei- sinnige	Frei- wirt- schaf- ter	Partei der Arbeit	Sozial- demo- kraten	Unab- hän- gige	Wahl- zettel über- haupt
Stimmen auf panaschierten eigenen Wahlzetteln										
1	148	109	184	14	508	130	82	197	983	2355
2	531	501	1300	166	1620	355	225	1702	4363	10763
3	1098	1247	2156	471	2610	922	1688	7919	3806	21917
4	540	503	744	157	803	561	1606	5576	1689	12179
5	41	117	25	.	88	56	152	424	187	1090
6	1155	1283	1715	386	3812	512	383	4116	10504	23866
7	515	507	1299	598	3349	373	302	1316	4519	12778
8	237	210	962	91	764	86	304	877	1001	4532
9	257	122	345	45	260	105	141	691	927	2893
10	518	376	468	163	925	526	436	2161	1628	7201
11	649	577	1321	395	1550	352	681	3791	4757	14073
Stadt	5689	5552	10519	2486	16289	3978	6000	28770	34364	113647
Panaschierte Stimmen von fremden Parteizetteln										
1	155	74	97	92	290	136	44	76	83	1047
2	421	228	835	270	731	570	255	479	540	4329
3	431	296	760	347	735	884	855	666	901	5875
4	247	155	117	168	326	524	591	627	378	3133
5	31	45	31	.	73	130	70	78	66	524
6	883	335	958	486	1219	925	231	1011	1142	7190
7	432	154	293	399	1204	557	195	432	1080	4746
8	118	60	214	100	311	290	123	204	429	1849
9	164	124	97	106	139	192	96	118	187	1223
10	261	108	249	148	308	440	173	232	516	2435
11	349	194	1296	334	755	530	333	750	603	5144
Stadt	3492	1773	4947	2450	6091	5178	2966	4673	5925	37495
Gesamte Parteistimmenzahlen										
1	1766	2549	911	589	6279	742	3864	5327	4706	26733
2	4087	7021	5655	1646	19016	2080	6013	16701	16464	78683
3	8603	25411	7920	3842	21111	6414	57821	76265	34353	241740
4	6595	15362	2493	2085	9961	3981	47557	70539	20579	179152
5	618	2214	506	.	1775	720	7128	11038	2473	26472
6	10918	19922	9281	3928	37639	5245	11942	38631	43694	181200
7	6173	10827	3529	2999	37950	2607	4709	15827	21342	105963
8	2047	4356	2949	1001	11542	1321	5188	11062	10223	49689
9	3375	4145	1205	956	2394	1102	7461	13717	5622	39977
10	4266	7051	3599	1741	9021	2682	13017	29497	16752	87626
11	4782	8768	8645	2269	8817	3170	12047	36980	17207	102685
Stadt	53230	107626	46693	21056	165505	30064	176747	325584	193415	1119920

Aus der Gesamtstimmenzahl berechnete Parteistärke

6 Wahlkreise	Bauern-, Gewerbe- u. Bürger- partei	Christ- lich- soziale	Demo- kraten	Evang. Volks- partei	Frei- sinnige	Frei- wirt- schafter	Partei der Arbeit	Sozial- demo- kraten	Unab- hän- gige	Wahl- zettel über- haupt
Zahl der Parteizugehörigen										
1	252	364	130	84	897	106	552	761	673	3819
2	371	638	514	150	1729	189	547	1518	1497	7153
3	478	1412	440	213	1173	356	3212	4237	1909	13430
4	412	960	156	130	623	249	2972	4409	1286	11197
5	103	369	84	.	296	120	1188	1840	412	4412
6	682	1245	580	246	2352	328	746	2415	2731	11325
7	475	833	271	231	2919	201	362	1217	1642	8151
8	227	484	328	111	1283	147	576	1229	1136	5521
9	482	592	172	137	342	157	1066	1960	803	5711
10	388	641	327	158	820	244	1183	2682	1523	7966
11	435	797	786	206	802	288	1095	3362	1564	9335
Stadt	4305	8335	3788	1666	13236	2385	13499	25630	15176	88020
Prozentuale Verteilung jeder Partei auf die Wahlkreise										
1	5,9	4,4	3,4	5,0	6,8	4,4	4,1	3,0	4,4	4,3
2	8,6	7,7	13,6	9,0	13,1	7,9	4,0	5,9	9,9	8,1
3	11,1	16,9	11,6	12,8	8,9	14,9	23,8	16,5	12,6	15,3
4	9,6	11,5	4,1	7,8	4,7	10,5	22,0	17,2	8,5	12,7
5	2,4	4,4	2,2	.	2,2	5,0	8,8	7,2	2,7	5,0
6	15,8	14,9	15,3	14,8	17,8	13,8	5,5	9,4	18,0	12,9
7	11,0	10,0	7,2	13,9	22,0	8,4	2,7	4,8	10,8	9,3
8	5,3	5,8	8,7	6,7	9,7	6,2	4,3	4,8	7,5	6,3
9	11,2	7,1	4,5	8,2	2,6	6,6	7,9	7,6	5,3	6,5
10	9,0	7,7	8,6	9,5	6,2	10,2	8,8	10,5	10,0	9,0
11	10,1	9,6	20,8	12,3	6,0	12,1	8,1	13,1	10,3	10,6
Stadt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Prozentuales Stärkeverhältnis der Parteien nach Wahlkreisen										
1	6,6	9,5	3,4	2,2	23,5	2,8	14,5	19,9	17,6	100
2	5,2	8,9	7,2	2,1	24,2	2,6	7,7	21,2	20,9	100
3	3,6	10,5	3,3	1,6	8,7	2,7	23,9	31,5	14,2	100
4	3,7	8,6	1,4	1,1	5,6	2,2	26,5	39,4	11,5	100
5	2,3	8,4	1,9	.	6,7	2,7	26,9	41,7	9,4	100
6	6,0	11,0	5,1	2,2	20,8	2,9	6,6	21,3	24,1	100
7	5,8	10,2	3,3	2,8	35,8	2,5	4,5	14,9	20,2	100
8	4,1	8,8	5,9	2,0	23,2	2,7	10,4	22,3	20,6	100
9	8,4	10,4	3,0	2,4	6,0	2,7	18,7	34,3	14,1	100
10	4,9	8,0	4,1	2,0	10,3	3,1	14,8	33,7	19,1	100
11	4,7	8,5	8,4	2,2	8,6	3,1	11,7	36,0	16,8	100
Stadt	4,9	9,5	4,3	1,9	15,0	2,7	15,3	29,1	17,3	100

Verteilung der Mandate auf die Parteien

7	Wahlkreise	Bauern-, Gewerbe- u. Bürger- partei	Christ- lich- soziale	Demokraten	Frei- sinnige	Partei der Arbeit	Sozial- demo- kraten	Unab- hän- gige	Alle Par- teien
	1	—	1	—	2	1	2	1	7
	2	—	1	1	4	1	2	2	11
	3	—	2	1	2	5	6	2	18
	4	—	2	—	1	4	7	2	16
	5	—	1	—	—	2	3	—	6
	6	1	2	1	4	1	3	4	16
	7	1	1	—	6	—	2	3	13
	8	—	1	—	3	1	2	2	9
	9	1	1	—	—	1	3	1	7
	10	—	1	—	2	2	4	2	11
	11	1	1	1	1	1	4	2	11
	Stadt	4	14	4	25	19	38	21	125

Die Gewählten nach Alter und Parteistellung

8	Annäherndes Alter	Bauern-, Gewerbe- u. Bürger- partei	Christ- lich- soziale	Demokraten	Frei- sinnige	Partei der Arbeit	Sozial- demo- kraten	Unab- hän- gige	Alle Par- teien
	70 u.m. Jahre	—	—	—	—	—	—	—	—
	60-69 »	—	1	—	2	—	5	2	10
	50-59 »	1	4	—	10	2	8	10	35
	40-49 »	2	4	2	6	5	21	5	45
	30-39 »	1	5	2	6	11	4	4	33
	unter 30 »	—	—	—	1	1	—	—	2
	Zusammen	4	14	4	25	19	38	21	125

Die Gewählten nach Beruf und Parteistellung

9	Berufe	Bauern-, Gewerbe- u. Bürger- partei	Christ- lich- soziale	Demokraten	Frei- sinnige	Partei der Arbeit	Sozial- demo- kraten	Unab- hän- gige	Alle Par- teien
	Selbständige ¹⁾	2	3	—	12	—	—	8	25
	Selbst. akademische Berufe	—	3	—	3	1	—	1	8
	Redaktoren	1	—	—	2	2	—	3	8
	Gerichtsbeamte	—	—	—	2	—	6	—	8
	Lehrer, Professoren	1	—	—	2	1	6	—	10
	Übr. öffentliches Personal ²⁾	—	1	1	2	2	5	1	12
	Privatangestellte	—	4	1	2	7	4	7	25
	Verbands- u. Parteisekretäre	—	2	2	—	1	7	—	12
	Arbeiter in Privatwirtschaft	—	1	—	—	5	10	1	17
	Zusammen	4	14	4	25	19	38	21	125

1) Ohne Selbständige in akademischen Berufen. — 2) Beamte, Angestellte und Arbeiter in der Verwaltung, in öffentlichen Betrieben und Anstalten (ohne öffentl. Rechtspflege, Lehrer u. Professoren).

Evangelische Volkspartei und Freiwirtschaftler sind in den obigen Tabellen nicht berücksichtigt, da sie kein Mandat erhielten.

WAHL DES STADTRATES

Parteizugehörigkeit der Mitglieder des Stadtrates nach den Erneuerungswahlen 1892 bis 1946

10	Wahl- jahre	Partei der Arbeit	Sozial- demo- kraten	Grütli- aner	Unab- hän- gige	Evang. Volks- partei	Demo- kraten	Frei- sinnige	Libe- rale	Christ- lich- soziale
	1892	.	1	.	.	.	5	2	1	.
	1895	.	1	.	.	.	5	2	1	.
	1898	.	1	.	.	.	5	2	1	.
	1901	.	3	.	.	.	2	3	1	.
	1904	.	3	.	.	.	2	3	1	.
	1907	.	4	.	.	.	2	2	1	.
	1910	.	4	.	.	.	2	3	.	.
	1913	.	4	.	.	.	2	3	.	—
	1916	.	4	.	.	.	2	3	.	—
	1919	.	4	.	.	.	2	3	.	—
	1922	.	3	1	.	—	2	3	.	—
	1925	.	3	1	.	—	2	3	.	—
	1928 ¹⁾	.	5	.	.	1	2	1	.	—
	1931	.	5	.	.	1	—	3	.	—
	1933 ²⁾	.	5	.	.	—	2	2	.	—
	1938	.	5	.	—	—	1	2	.	1
	1942	.	5	.	1	—	—	2	.	1
	1946	1	5	.	1	—	—	2	.	—

Ein Punkt (·) bedeutet, daß die betreffende Partei damals nicht bestand.

1) Bei den Erneuerungswahlen 1928 wurden die beiden Demokraten bestätigt; der eine nahm indessen die Wahl nicht an und der andere starb kurz nach der Wahl; bei den Ersatzwahlen fielen die beiden Sitze den Freisinnigen zu. — 2) 1933 wurden zwei Demokraten gewählt; der eine nahm die Wahl nicht an und bei der Ersatzwahl fiel der Sitz den Christlichsozialen zu.